

Oh, Außenhandelsschutz – das ist doch böser Protektionismus.

Wir sind für fairen Freihandel, nicht für Protektionismus. Und wenn wir Babynahrung, die nach in China geltenden Standards produziert wird, nicht auf den hiesigen Markt lassen, dann gilt das ja auch nicht als Protektionismus, sondern als Selbstverständlichkeit. Wenn wir Tiere zur Produktion von Lebensmitteln halten, dann schulden wir ihnen eine tiergerechte Haltung. Und wenn solche Standards dann nur für in Europa ansässige Tierhalter gelten und gleichzeitig Produkte, die zu schlechteren Standards produziert werden, für den Markt zugelassen werden, dann gehen die hiesigen Tierhalter pleite, und keinem einzigen Tier ist geholfen.

Foodwatch hat an vorderster Front gegen TTIP gekämpft, den Vertrag vom Tisch gefegt hat aber erst Donald Trump.

Ich würde nicht sagen, dass TTIP vom Tisch gefegt ist. Totgesagte leben länger. Natürlich haben wir uns gefreut, dass der Vertrag nicht so durchkommen wird, wie er bisher angelegt war. Doch die Freude trübt, dass eine ganze Reihe anderer demokratiepolitisch fragwürdiger Verträge in Arbeit ist, aktuell JEFTA zwischen der EU und Japan. Und wir kämpfen weiter dagegen, dass CETA so kommt wie geplant.

Sie haben zuletzt ein Gutachten vorgelegt, nach dem der Bundesrat CETA noch stoppen kann.

Ja, außerdem steht das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu CETA aus. Und wenn Grüne und Linke bei der versprochenen Linie bleiben, dem Vertrag im Bundesrat also nicht zustimmen, dann gibt es dort keine Mehrheit für CETA.

Grüne, Linke – wen würden Sie in Sachen Verbraucherpolitik für die Bundestagswahl empfehlen?

Ich habe die Programme aller relevanten Parteien gelesen und dabei sehr schlechte Laune bekommen. Ich sehe keine Partei, die eine ernsthafte verbraucherpolitische Agenda hat. Keine einzige.

Die Linke will eine eigenständige Verbraucherschutzbehörde. Und sie fordert, dass Einnahmen aus Kartellstrafen Organisationen wie Ihrer zugutekommen.

Einzelne gute Ansätze gibt es in fast allen Parteien. In den Wahlkämpfen spielen sie aber meist keine Rolle, oder sie werden als Erstes auf dem Altar der Koalitionsverhandlungen geopfert.

Die Nährwert-Ampel, das Hygienebarometer für Gaststätten oder die Kennzeichnung für Fleisch und Milch, wie es sie bei Eiern schon gibt – das fordern sowohl Linke wie auch Grüne.

Was fehlt, sind Politiker aus der ersten Reihe, die diese Themen für sich erkennen und sagen: Ich trete an, um das Leben der Leute einfacher zu gestalten, ihnen mehr Rechte zu geben und ihre Sorgen ernst zu nehmen, statt stets wirtschaftspolitischen Interessen das Primat einzuräumen.

Am Ende empören sich aber alle über Ideen wie den Veggieday.

Die Grünen trauen sich nach ihrem selbst verschuldeten Veggieday-Dilemma heute kaum mehr, Piep zu sagen in der Verbraucherpolitik. Aber pauschalen Vorwürfen – Spaßbremse, Verbotspartei, Bevormundungspolitik – muss man selbstbewusst entgegentreten. Es braucht Mut zum Widerspruch! Wahre Bevormunder sind die, die sich als Ritter des freien Marktes aufführen, in Wirklichkeit aber die Dysfunktionalität dieses Marktes bewahren, indem sie verhindern, dass Verbraucher wirklich freie Entscheidungen treffen können. Es geht nicht ums Verbieten, es geht ums Ermöglichen, um die Veränderung der Verhältnisse, um Transparenz. Die Grünen haben aber noch ein anderes Problem.

Welches?

Sie sind auf dem Bio-Auge blind. Es geht ihnen viel zu sehr um eine einseitige Wirtschaftsförderpolitik für die Bio-Branche. Aber Bio ist nicht automatisch die Lösung. Hätten wir bei Fleisch die gleiche Kennzeichnung wie bei Eiern – 0, 1, 2, 3 –, würde das lediglich formale

Haltungskriterien kennzeichnen, Bio stünde als bester Standard da.

Ja und? Stimmt doch.

Nein, nicht jeder Bio-Betrieb ist wie Bullerbü. Im Schnitt stammt mindestens jedes vierte Tierprodukt von einem Tier, das an vermeidbaren haltungsbedingten Krankheiten leiden musste – da nehmen sich konventionell und bio, große und kleine Betriebe nichts. Gerade bei der Tiergesundheit geht es um das Management, wie gut etwa die Mitarbeiter geschult sind, um Krankheiten zu erkennen und Tiere aus der Herde zu nehmen. Wir sollten also eher schauen: Wer schafft, dass nicht 30, 40 Prozent der Schweine eine Lungenentzündung durchmachen müssen, bevor sie geschlachtet werden, oder dass nicht Kühe mit entzündeten Eutern Milch geben müssen? Was die Besten können, sollten wir dann sukzessive als Standard für alle definieren, ob bio oder nicht.